



über die 4. Sitzung
des Schul- und Sportausschusses
am Montag, dem 11. September 2000
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 17:05 Uhr
Ende: 19:00 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Bartosch
Frau Dyduch
Frau Filthaut
Herr Henning
Herr Lipinski
Herr Müller
Herr Rickwärtz-Naujokat

Ratsmitglieder CDU

Herr Hasler
Frau Jacobsmeier
Herr Klein
Herr Plümpe
Herr Weigel

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Brinkmann

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD

Herr Ambrosch
Frau Bungter-Striepens
Frau Ruf
Frau Slomiany
Herr Voß

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU

Frau Borowiak
Herr Brettschneider
Herr Hoffmann

Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Goehrke

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen F.D.P.

Herr Mallitzky

Sachverständige

Herr Böcker
Herr Dege
Herr Forthaus
Herr Hupe
Herr Kampmann
Herr Kusber
Herr Reeske

Verwaltung

Frau Böckmann
Herr Flaskamp
Frau Meißner
Frau Wiesmann-Liese (zu TOP 1)

entschuldigt fehlten

Herr Bremmer
Herr Kohl
Frau Oxe
Frau Sandroock
Herr Töpfer

Herr **Lipinski** begrüßte die anwesenden Mitglieder des Schul- und Sportausschusses, die Vertreter der Presse, die zahlreichen Zuhörer und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Untersuchung der städtischen Sporthallen auf Legionellenbefall hier: Bericht der Verwaltung	
2.	Neuordnung des Schulwesens in Kamen 1. Schulentwicklungsplan 2005 2. Schulorganisatorische Maßnahmen an den Gesamtschulen 3. Standortvorschläge für die Realschule und die Hauptschule 4. Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken und Schuleinzugsbereichen	159/2000
3.	Schulsituation im Schuljahr 2000/2001	
3. 1	Bericht des Schulleiters der Carlo-Schmid-Schule	
3. 2	Bericht des Schulleiters der Hermann-Ehlers-Schule	
3. 3	Bericht des Schulleiters des Städt. Gymnasiums	
3. 4	Bericht des Schulleiters der Käthe-Kollwitz-Schule	
3. 5	Bericht des Schulamtsdirektors Forthaus für den Bereich der Grundschulen	
4.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Untersuchung der städtischen Sporthallen auf Legionellenbefall
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Flaskamp** teilte mit, dass in den Sommerferien die Sporthallen auf Legionellenbefall untersucht wurden.

Frau **Wiesmann-Liese** erläuterte die Entstehung eines Legionellenbefalls, die Bewertungsmaßstäbe und die Ergebnisse der einzelnen Sporthallen. Bei der Halle II der Gesamtschulen waren Maßnahmen erforderlich. Es wurde eine thermische Desinfektion durchgeführt, d. h., die Kesseltemperatur wurde so hochgefahren, dass an der entferntesten Entnahmestelle 60° Wassertemperatur erzielt wurde. Bei einer Nachuntersuchung wurde kein Befall mehr festgestellt. Bei der Koppelteich-Sporthalle und der Turnhalle der Jahnschule wurde ein geringer (< 1) Befall festgestellt. Auch hier werde eine thermische Desinfektion durchgeführt. Um zu vermeiden, dass ein erneuter Befall auftritt, werde in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt und einem Fachingenieur ein Konzept für geeignete Gegenmaßnahmen entwickelt.

Zu TOP 2.

159/2000

Neuordnung des Schulwesens in Kamen

1. Schulentwicklungsplan 2005
2. Schulorganisatorische Maßnahmen an den Gesamtschulen
3. Standortvorschläge für die Realschule und die Hauptschule
4. Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken und Schuleinzugsbereichen

1. Schulentwicklungsplan 2005

Im Wesentlichen, so Herr **Flaskamp**, handele es sich um eine Fortschreibung des bisherigen Schulentwicklungsplanes. Grundsätzlich wolle er nicht auf Einzelheiten eingehen, da der Plan allen vorliege. Problematisch sei die Übergangsquote in den 5. Jahrgang der Hauptschule gewesen, da hier keine Erfahrungswerte vorlägen. In Absprache mit der Bezirksregierung habe die Verwaltung die Quoten der benachbarten Gemeinden (Bergkamen ca. 20 %; Bönen ca. 25 %; Dortmund ca. 10 %) zu Grunde gelegt und mit 12 % eine vorsichtige Schätzung vorgenommen. Die Zügigkeit der Schulen können erst nach Erteilung der Genehmigungen festgelegt werden. Die Verwaltung gehe bei der Gesamtschule von einer 6-Zügigkeit, bei der Realschule von einer 3-Zügigkeit und bei der Hauptschule von einer 2-Zügigkeit (= Mindestzügigkeit) aus.

Herr **Goehrke** führte aus, dass die Gesamtschule als Angebotsschule und auf 6 Züge festgeschrieben werden müsse. Er beantrage daher, Ziffer 2 des Beschlussvorschlages entsprechend zu ergänzen. Ferner beantragte er eine Änderung des ersten Satzes unter Ziffer 2 unter Sachverhalt und Begründung. Das Wort „Langfristig“ sei zu streichen und der restliche Satz entsprechend neu zu formulieren.

Herr **Flaskamp** entgegnete, dass der Schulentwicklungsplan auf Prognosen basiere. Die Gesamtschule müsse die Möglichkeit haben, ggf. eine 7. Klasse zu bilden. Zum jetzigen Zeitpunkt könne weder die 6-Zügigkeit der Gesamtschule festgelegt werden, noch könne beschlossen werden, dass die Gesamtschule Angebotsschule werde. Zunächst müsse die Genehmigung der Hauptschule und der Realschule abgewartet werden. Die Nachbarstädte hätten in Abstimmungsgesprächen zugesagt, im Falle der Errichtung der Hauptschule und Realschule Anmeldungen Kamener Schüler abzuweisen. Herr Flaskamp schlug vor, einen entsprechenden Hinweis zum Protokoll zu nehmen.

Bereits im Ratsbeschluss vom 30. März, so Frau **Dyduch**, sei enthalten, dass das künftige Schulangebot so strukturiert sein soll, dass die Schulform Gesamtschule als Angebotsschule fortgeführt werden kann. Eine endgültige Festschreibung zum jetzigen Zeitpunkt sei nicht möglich, da noch nicht feststehe, ob für beide neuen Schulformen genügend Schüler angemeldet würden.

Herr **Hasler** schloss sich an und ergänzte, dass das Wahlverhalten der Eltern nicht vorhersehbar sei.

Nach weiterer kurzer Diskussion wurde Einigkeit darüber erzielt, auf eine Änderung des Beschlussvorschlages zu verzichten und nochmals festzuhalten, dass Ziel der Neuordnung des Schulwesens ist, die Gesamtschule neben dem dreigliedrigen Schulsystem als Angebotsschule fortzuführen. Die Beschlussvorlage wird unter Sachverhalt und Begründung wie beantragt geändert.

2. Schulorganisatorische Maßnahmen an den Gesamtschulen

Herr **Flaskamp** erläuterte die 3 Vorschläge und teilte mit, dass der Vorschlag c) bereits mit der Bezirksregierung besprochen sei. Genommen bestünden in Kamen dann für 5 Jahre 3 Gesamtschulen. Er bat, zum jetzigen Zeitpunkt keine Namensdebatte zu führen. Die Namensgebung solle zu einem späteren Zeitpunkt in Abstimmung mit den künftigen Mitwirkungsgremien erfolgen.

Herr **Mallitzky** fragte, ob die neue Gesamtschule eine Schulleitung benötige, so dass dann drei Schulleitungen vorhanden wären.

Herr **Flaskamp** erwiderte, dass die Schulleitung durch die vorhandenen Schulleitungen abgedeckt würde. Dieses sei schulorganisatorisch zu regeln.

Herr **Müller** bat um Erläuterung durch die Schulleiter der Gesamtschulen, wie die Schulleitung in der Sekundarstufe II geregelt sei.

Es liege, so Herr **Dege**, ein Kooperationserlass vor. Danach seien die Schulleitungen im jährlichen Wechsel für die Sekundarstufe II verantwortlich. In Absprache mit der Schulleitung der Hermann-Ehlers-Schule sei Einigkeit darüber erzielt worden, dass jeweils die andere Schulleitung die Verantwortung für den künftigen 5. Jahrgang übernehme. Konferenzen fänden gemeinsam statt.

Herr **Mallitzy** schlug vor, für beide Gesamtschulen ein getrenntes Anmeldeverfahren durchzuführen und die Schule mit der niedrigsten Anmeldezahl auslaufen zu lassen. Hierdurch würde eine Konkurrenz geschaffen.

Herr **Flaskamp** entgegnete, dass gerade dieses nicht gewollt sei.

Herr **Dege** ergänzte, beide Gesamtschulen führten eine gemeinsame Oberstufe mit einem gemeinsamen Konzept und mit einem Kollegium aus beiden Schulen. Auch das Kollegium der neuen Schule werde sich aus den Kollegien der beiden Gesamtschulen zusammen setzen.

Herr **Reeske** gab zu bedenken, dass auch die Schüler des jetzigen 5. Jahrganges einen Anspruch darauf hätten, ihre Schullaufbahn gut zu beenden. Wenn eine Schule auslaufe, sei dieses sehr schwierig, da das Kollegium mit jedem Jahr kleiner werde und gerade die guten bzw. jüngeren Lehrer frühzeitig die auslaufende Schule verlassen würden.

Die SPD, so Frau **Dyduch**, favorisiere den Vorschlag c). Die Schulen langsam zu verschmelzen sei zwar ein schwieriger, aber mit Blick auf die Schüler der bessere Weg.

Herr **Hasler** schloss sich für die CDU an und ergänzte, dass es keinen Sinn mache, eine künstliche Konkurrenz zu schaffen.

Abschließend teilte Herr **Flaskamp** mit, dass bereits viele Gespräche zwischen der Verwaltung und den Schulleitungen der Gesamtschulen stattgefunden hätten und dankte beiden Schulleitungen für die gute Zusammenarbeit.

3. Standortvorschläge für die Realschule und die Hauptschule

Der Standortvorschlag, so Herr **Flaskamp**, für die Realschule sei frühzeitig klar gewesen. Problematischer habe sich der Standortvorschlag für die Hauptschule dargestellt. Aufgrund der angespannten Finanzlage der Stadt scheide ein Neubau für die Hauptschule aus. Die Verwaltung habe für die Entscheidung folgende Kriterien zu Grunde gelegt:

- zentrale Lage in der Innenstadt
- gute Anbindung an den ÖPNV
- vorhandene Sportstätten
- Erweiterungsmöglichkeiten

Diese Kriterien erfülle nur das Schulgebäude der Josefschule, Am Koppelteich 16. Da eine Verlagerung der Josefschule in einen anderen Ortsteil nicht gewollt sei, schlage die Verwaltung vor, der Josefschule das VHS Haus 2, Schwestergang 8, zur Verfügung zu stellen. Wie bereits aus dem Investitionsprogramm ersichtlich, sei geplant, dieses Gebäude umfangreich zu sanieren. Leider verfüge das Gebäude nicht über eine Aula. Nach Rücksprache mit dem Kath. Gemeindezentrum liege jedoch die mündliche Zusage vor, dass die Josefschule für ihre Einschulungsveranstaltungen usw. den Gemeindesaal nutzen könnte. Mit den jetzigen Nutzern des VHS Hauses 2 hätten bereits Vorgespräche stattgefunden. Nicht alle Nutzer müssten neue Räumlichkeiten finden, auch die Deutsch-Türkische Begegnungsstätte könne zunächst in den Räumen Am Koppelteich 16 verbleiben.

Frau **Dyduch** dankte der Verwaltung für die gute Vorarbeit. Für das neue Schulkonzept in Kamen und die Fortführung der Gesamtschule als Angebotsschule sei die Errichtung beider neuer Schulen, also sowohl Realschule als auch Hauptschule, unverzichtbar. Die SPD-Fraktion begrüße den Standortvorschlag für die Hauptschule. Die Gewinnerin sei die Josefsschule, da sie ein grundlegend saniertes Gebäude beziehe. Die SPD-Fraktion werde für den Beschlussvorschlag stimmen.

Herr **Mallitzky** fragte, ob die Josefsschule an ihrem neuen Schulstandort zweizügig werden können. Sie erhalte einen attraktiven Standort, so dass durchaus die Möglichkeit bestehe, dass die Anmeldezahlen steigen.

Herr **Flaskamp** verwies auf den bestehenden Beschluss des Rates und ergänzte, dass nach der vorgelegten Prognose die Bildung einer 2. Klasse nur eine Ausnahme sein könne. Auf Grund der zur Verfügung stehenden Räume sei dieses möglich.

Herr **Hasler** dankte der Verwaltung für die gut geleistete Arbeit. Der Vorschlag 2. c) sei für die Gesamtschulen der richtige Weg. Als Standortvorschläge habe die Verwaltung realistische und kostengünstige Lösungen gefunden. Die Realschule könne gut im Gebäude Gutenbergstr. 2 untergebracht werden. Für die Hauptschule sei der zentral gelegene und gut erreichbare Standort die optimale Bedingung für einen guten Start. Auch bei dem Unterbringungsvorschlag der Josefsschule sei eine gute Lösung gefunden worden. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Die Fraktion habe alle Nutzer des VHS Hauses 2 zu einem Gespräch eingeladen und behalte sich für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vor, ein weiteres Statement abzugeben.

4. Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken und Schuleinzugsbereichen

Die Änderung der Rechtsverordnung, so Herr **Flaskamp**, sei eine zwangsläufige Folge der geänderten Schulsituation in Kamen.

Abschließend dankte Herr **Lipinski** der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Beschlussempfehlung:

1. Der Schulentwicklungsplan 2005 wird zur Kenntnis genommen.
2. Den beabsichtigten schulorganisatorischen Maßnahmen an den Gesamtschulen und den Standortvorschlägen für Realschule und Hauptschule wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis des unter „Sachverhalt und Begründung“ dargelegten Sachstandes weiter zu verfahren und das Beteiligungsverfahren gem. § 15 SchMG einzuleiten, die erforderlichen Genehmigungen bei der Bezirksregierung einzuholen und eine neue Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken und Schuleinzugsbereichen zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

Schulsituation im Schuljahr 2000/2001

Zu TOP 3.1

Bericht des Schulleiters der Carlo-Schmid-Schule

In diesem Jahr, so Herr **Dege**, habe die Carlo-Schmid-Schule weniger Schüler als im letzten Schuljahr. Es wurden in der Sekundarstufe I 32 Klassen gebildet, obwohl nur 31 zulässig gewesen wären. Mit 71,4 besetzten Stellen sei eine Überbesetzung von ca. 10 % zu verzeichnen. Auf Grund von Erkrankungen und Kollegen, die in den Ruhestand versetzt würden, verringere sich die Stellenbesetzung. Die Ausstattung mit neuen Medien sei vorläufig zufriedenstellend. Herr Dege gab einen Rückblick auf durchgeführte und einen Ausblick auf geplante Projekte. Schulintern seien viele Arbeiten zu erledigen, die in der Öffentlichkeit nicht bekannt seien, wie z. B. die Mehrarbeit durch die 2. und 3. Korrektur im Abitur. Derzeit werde in Zusammenarbeit mit der Hermann-Ehlers-Schule ein Schulprogramm für eine gemeinsame Gesamtschule erarbeitet.

Zu TOP 3.2

Bericht des Schulleiters der Hermann-Ehlers-Schule

Die Schülerzahl, so Herr **Reeske**, habe sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Die Stellenbesetzung liege bei 106,9 %. Aufgrund von Dauererkrankungen liege eine reale Stellenbesetzung von knapp 100 % vor. Da ein erheblicher Engpass im Fach Englisch zu verzeichnen sei, habe die Bezirksregierung aus dem Topf „Geld statt Stellen“ eine Kollegin zugewiesen. Bezüglich der Medienausstattung wünsche er sich für die Hermann-Ehlers-Schule die Ausstattung eines weiteren Informatikraumes mit IBM-kompatiblen PCs. Es bestehe auch ein erheblicher Bedarf an Unterrichtsprogrammen, Nachschlagewerken usw. auf CD-Roms sowie an entsprechender Fortbildung für die Fachlehrer.

Zu TOP 3.3

Bericht des Schulleiters des Städt. Gymnasiums

Herr **Hupe** teilte mit, dass mit 1.328 Schülern die Schülerzahl etwas geringer sei als im vergangenen Schuljahr. Die Stellenbesetzung liege bei etwa 100 %. Problematisch sei der Einsatz der Lehramtsanwärter, da diese zum 1. Februar wechseln würden. Die Medienausstattung sei zunächst zufriedenstellend. Vor 3 Monaten habe ein Kooperationsprojekt mit der Firma 3M mit den Schwerpunkten Informatik, Chemie und Physik begonnen.

Zu TOP 3.4

Bericht des Schulleiters der Käthe-Kollwitz-Schule

Trotz des gemeinsamen Unterrichtes, so Herr **Kampmann**, sei die Schülerzahl in den vergangenen Jahren gestiegen, so dass eine Raumknappheit zu verzeichnen sei. Im Schulentwicklungsplan 2005 werde dieses Problem angesprochen und er hoffe, dass mittelfristig die Wohnung im Gebäude Bergstr. 11 zu Schulräumen umgebaut würde. Die Quote der ausländischen Schüler sei geringer geworden. Die Stellenbesetzung liege derzeit bei 19,7 Stellen und damit mit 1,4 Stellen unter dem Stellenbedarf. Mit Schuljahresbeginn habe in Kooperation mit dem Jugendamt der Versuch „Betreuung von Schüler/innen bis 16.00 Uhr“ begonnen. Die teilnehmenden Schüler/innen werden im gegenüberliegenden Jugendzentrum durch Fachkräfte des Jugendamtes betreut.

Zu TOP 3.5

Bericht des Schulamtsdirektors Forthaus für den Bereich der Grundschulen

An den Grundschulen, so Herr **Forthaus**, würden derzeit 2.013 Schüler, davon 21 in Schulkindergärten, unterrichtet. Die Zahl der Kinder im Schulkindergarten werde sich noch erhöhen. Der Stellenbedarf liege bei 86,5 Stellen und die Stellenbesetzung bei 87,4 Stellen. Dem Schulamt stünde ein Vertretungspool von 19 Teilzeitkräften zur Verfügung. Gemessen an der Gesamtzahl der Lehrkräfte (rd. 1.000) sei der Pool gering. Die Schulen müssten bis zum 31.12.2000 ein Schulprogramm vorlegen. Von einer Grundschule liege dieses Programm bereits vor. In der nächsten Woche fände die landesweite Grundschulwoche mit verschiedenen Projekten statt. Ab dem 1. August 2003 werde an Grundschulen auch Englisch unterrichtet.

Zu TOP 4.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

4.1 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1.1 Herr **Flaskamp** teilte mit, dass in der Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 19.06.2000 der Antrag der CDU-Fraktion auf Errichtung einer Beach-Volleyball-Anlage im Bereich der Gesamtschulen ohne Beschlussfassung zurückgestellt wurde. Die Angelegenheit sei noch nicht entscheidungsreif.
- 4.1.2 Die Verwaltung habe den Auftrag, so Herr **Flaskamp** weiter, über das Konzept für das Lernen mit neuen Medien zu berichten. Aufgrund der zur Verfügung stehenden Finanzmittel von rd. 142.000 DM sei in der Schulleiterbesprechung am 26.06.2000 festgelegt worden, dass zunächst die Lehrerzimmer mit PCs ausgestattet und dann, soweit möglich, weitere PCs für Medienecken beschafft werden. Darüber hinaus stünden Mittel für Lehrerfortbildung zur Verfügung. In Absprache mit den Schulen würden

derzeit Lehrgänge organisiert. Der kostenlose Internetanschluss der Telekom wurde für alle Schulen beantragt. Das endgültige Konzept könne erst nach Verabschiedung des Haushaltsplanes 2001 und des Investitionsprogrammes entwickelt werden.

4.2 Anfragen

- 4.2.1 In der Vergangenheit, so Herr **Plümpe**, sei im Schulausschuss berichtet worden, dass die Reinigungsintervalle in Schulen verändert worden seien. Er fragte an, ob seitens der Schulleitungen Reaktionen vorlägen.

Es wurde zugesagt, Erkundigungen einzuholen und darüber zu berichten.

gez. Lipinski
Vorsitzender

gez. Meißner
Schriftführerin